



**dbb**  
beamtenbund  
und tarifunion  
berlin

# hauptstadt magazin



April 2014



**dbb**  
beamtenbund  
und tarifunion  
berlin

**Wählt Liste 2**



© Fotostudio/11, Harry Müller/11/11/11

Die Wahlen zur Hauptjugend- und Auszubildendenvertretung laufen noch bis 19. Mai auf vollen Touren. Warum die JAV für junge Menschen so wichtig ist und wer für den dbb kandidiert, erfahrt Ihr ab S. 6

## Petitionsausschuss bestätigt Besoldungsrückstand

# dbb berlin erwartet neue Impulse für Besoldungsangleichungsgesetz

**Der Vorsitzende der dbb berlin, Frank Becker, erwartet von der Feststellung des Petitionsausschusses des Berliner Abgeordnetenhauses, dass die mit dem Haushaltsgesetz beschlossenen Besoldungserhöhungen den Besoldungsrückstand der Berliner Beamten gegenüber dem durchschnittlichen Bezahlungsniveau in den anderen Bundesländern nicht vermindern, neue Impulse für die unverzügliche Vorlage eines Besoldungsangleichungsgesetzes. Nach Feststellung der Senatsverwaltung für Inneres und Sport beträgt der Rückstand derzeit knapp acht Prozent.**

„Der dbb berlin hat bereits im letzten Monat die Vorlage eines Besoldungsangleichungsgesetzes bei den Regierungsfractionen des Abgeordnetenhauses von Berlin eingefordert und erwartet, dass dieses auch in Kürze erarbeitet wird. Wir haben beiden Fractionen das Angebot unterbreitet, dass wir bei der Erarbeitung dieser Vorlage gerne beratend zur Seite stehen“, betonte Becker.

Der Petitionsausschuss hatte sich mit der Beamtenbesoldung befasst, nachdem der dbb berlin – gemeinsam mit den Fachgewerkschaften des Landesdienstes – alle Mitglieder des Abgeordnetenhauses in einem offenen Brief von August letzten Jahres über die Wut der Beamtinnen und Beamten über die geplanten Besoldungserhöhungen für 2014 und

2015 von nur 2,5 Prozent, die darüber hinaus jeweils erst zum August fällig sein sollen, informiert hatte.

Der Vorsitzende des Petitionsausschusses, Andreas Kugler (SPD), hat dem dbb berlin nunmehr schriftlich mitgeteilt, dass mit der Verabschiedung des Doppelhaushaltes 2014/2015 auch die Möglichkeiten des Ausschusses zunächst erschöpft seien, das Anliegen des dbb berlin weiter zu unterstützen. Das Thema bleibe aber in der politischen Diskussion. So werde auch über einen Berliner Sonderzuschlag in Höhe von 0,5 Prozent bei zukünftigen Besoldungserhöhungen nachgedacht, um hierdurch eine schrittweise Annäherung an den Bundesdurchschnitt zu erreichen.



## Bezirksbürgermeister Hanke plädiert für aufgabenbezogene Personalentwicklung

Der Bezirksbürgermeister von Berlin-Mitte, Christian Hanke (SPD), plädiert angesichts der künftigen Entwicklung Berlins für eine aufgabenbezogene Personalentwicklung in der Berliner Verwaltung. Unter Hinweis auf die stetig wachsende Bevölkerungszahl der Stadt, auf Überalterung und Nachwuchsprobleme des öffentlichen Dienstes setzt sich Hanke für ein Abrücken von dem im letzten Jahrzehnt betriebenen Personalabbau ein, mit dem schon jetzt gute Erfolge der Haushaltskonsolidierung erreicht worden seien.

Die Tatsache, dass bis zum Jahr 2020 zehntausende Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Berliner Verwaltung in Rente und Pension gehen – in manchen Fällen bedeute das den Weggang von nicht weniger als 25 Prozent der Beschäftigten – verlange ebenso nach einem Umdenken in der Personalpolitik wie der angespannte Fachkräftemarkt in Berlin-Brandenburg.

Zuvor war in einem Gespräch zwischen Bezirksbürgermeister Christian Hanke und dem Berliner dbb Chef Frank Becker am 12. März 2014 die alarmierende Personalsituation im Berliner öffentlichen Dienst erörtert worden. Becker hatte die Auswirkungen des strikten Sparkurses des Berliner Senats auf die personelle Situation als katastrophal bezeichnet. Zum einen habe sich die Altersstruktur aufgrund der jahrelang weitgehend ausgebliebenen Neueinstellungen ausgesprochen ungesund entwickelt, zum anderen dürften die ausgesprochen unattraktiven Beschäftigungsbedingungen im Berliner öffentlichen Dienst die notwendige, jetzt schon verspätete Nachwuchsgewinnung zu einer fast unlösbaren Aufgabe werden lassen.

Becker wörtlich: „Vor diesem Hintergrund können wir die Berliner Besoldungspolitik, die für einen deutlichen Einkommensrückstand der Berliner Beamtinnen und Beamten gegenüber ihren Kolleginnen und Kollegen in allen anderen Bundesländern geführt hat, schon gar nicht mehr nachvollziehen.“



dbb Landeschef Frank Becker (links) und Bezirksbürgermeister Christian Hanke (rechts) waren sich über die Notwendigkeit einer Neuorientierung in der Personalpolitik des Berliner Senats einig.

Auch Bezirksbürgermeister Christian Hanke fordert aus Sicht der Bezirke eine konkurrenzfähige Bezahlung der Beschäftigten im Berliner öffentlichen Dienst, damit der Service und die Daseinsvorsorge für die Bürgerinnen und Bürger der Stadt langfristig sichergestellt bleibt.



**Psychische Belastungen müssen berücksichtigt werden**

## dbb berlin drängt auf aktuelle Gefährdungsbeurteilungen

Der dbb berlin fordert einen transparenten und verbindlichen Zeitplan für die Umsetzung der Änderung des Arbeitsschutzgesetzes vom 24. Oktober 2013. Nach der Gesetzesänderung müssen Gefährdungsbeurteilungen neben den physischen auch die psychischen Belastungen im Dienst enthalten. Nach Feststellung des dbb berlin ist die Erstellung bzw. Anpassung der Gefährdungsbeurteilungen in vielen Bereichen des Berliner öffentlichen Dienstes ausgesprochen schleppend verlaufen. Der Arbeitgeber wird deshalb nachdrücklich aufgefordert, seiner gesetzlichen Verpflichtung zur Durchführung der Gefährdungsbeurteilungen, einschließlich der Beurteilung der psychischen Belastungen, nachzukommen und konkrete Maßnahmen zum Schutz der psychischen und physischen Gesundheit durchzuführen. Der dbb berlin ist entschlossen, diese Verpflichtung künftig bei allen Spitzengesprächen in Verwaltung und Politik anzumahnen.

„In vielen Bereichen des öffentlichen Dienstes wird unter hohen psychischen Belastungen gearbeitet. Wir begrüßen, dass mit der Gesetzesänderung das Bewusstsein der Arbeitgeber für diesen Druck geschärft werden soll“, stellte dbb Landeschef Frank Becker dazu fest.

Die Priorität bei der Durchführung der Gefährdungsbeurteilungen muss nach Auffassung des dbb berlin zunächst eindeutig im Außendienst liegen. Dokumentationspflicht besteht aber bereits ab dem ersten Beschäftigten, es kann sich also niemand damit

herausreden, dass bestimmte Dienstbereiche zu klein oder zu spezialisiert wären.

Die Änderung des Arbeitsschutzgesetzes vom Oktober 2013 bezweckt, die Zahl der Gefährdungsbeurteilungen in der Praxis zu steigern und dabei das Augenmerk vor allem auf die Berücksichtigung von psychischen Belastungen zu richten. Die Verantwortung für Arbeits- und Gesundheitsschutz und damit für die Durchführung der systematischen Gefährdungsbeurteilungen liegt bei der Behördenleitung.



Foto: MEV

## Mehr Kompetenz im Tarif- und Justizbereich

# dbb Landesleitung verstärkt sich

Das Team der Landesleitung des dbb beamtenbund und tarifunion berlin hat sich um zwei engagierte Mitglieder verstärkt. Einstimmig hat das Gremium bei seiner Sitzung am 18. März 2014 beschlossen, die Kollegin Astrid Just und den Kollegen Thomas Goiny als kooptierte Mitglieder in die Landesleitung aufzunehmen.



Astrid Just verstärkt die Kompetenz der dbb Landesleitung in der Tarifpolitik.

Amt der stellvertretenden Landesvorsitzenden. Ihr besonderes Engagement gilt dem Tarifrecht.

Astrid Just (45) ist Mitglied der DPoIG Berlin und Mitarbeiterin beim Ordnungsamt im Bezirk Mitte. Sie ist Mitglied im örtlichen Personalrat und im Hauptpersonalrat des Landes Berlin. In ihrer Fachgewerkschaft DPoIG (Deutsche Polizeigewerkschaft Berlin) bekleidet sie das



Der große Bereich der Berliner Justiz ist jetzt durch Thomas Goiny in der dbb Landesleitung vertreten.

Thomas Goiny (47) ist Landesvorsitzender des BSBD (Bund der Strafvollzugsbediensteten – Landesverband Berlin) und arbeitet in der Verwaltung der Justizvollzugsanstalt Tegel. Er vertritt die Interessen der Beschäftigten im Gesamtpersonalrat der Berliner Justiz.

„Ich freue mich, dass wir für unsere gewerkschaftspolitische Arbeit zwei sehr engagierte und fachkundige Mitglieder aus den Fachgewerkschaften des dbb berlin für die Arbeit innerhalb der Landesleitung des dbb berlin gewinnen konnten. Durch diese beiden Kooptationen wird mit Astrid Just der Tarifbereich innerhalb der Landesleitung gestärkt und dank Thomas Goiny können die Erfahrungen und Kontakte aus dem großen Bereich der Berliner Justiz unmittelbar mit einfließen,“ bewertet der Landesvorsitzende des dbb berlin, Frank Becker, die Entscheidung der Landesleitung.

## dbb berlin unterstützt Streik und Demo



Tausend Arbeitnehmer und Beamte demonstrieren in Berlin für faire Bezahlung.

Um den Druck vor der dritten Runde der Tarifverhandlungen für die Beschäftigten von Bund und Kommunen zu erhöhen, hat auch der dbb berlin sei-

ne Mitgliedsgewerkschaften und Verbände zur solidarischen Unterstützung der Demonstration des dbb aufgerufen. Frank Becker, Landeschef des dbb berlin, der ebenfalls an der Demonstration teilgenommen hat, bekräftigte bereits in der Abendschau des rbb am 23. März 2014 die tarifpolitischen Forderungen.

Die Einkommensrunde 2014 ist am 20./21. März fortgesetzt worden, ohne dass ein tragfähiger Kompromiss erzielt wurde. Der dbb fordert in den Verhandlungen unter anderem:

- > 100 Euro Sockelbetrag
- > Plus 3,5 Prozent lineare Anhebung der Entgelte
- > Erhöhung der Azubi-Entgelte um 100 Euro monatlich
- > Zeit- und inhaltsgleiche Übertragung des Ergebnisses auf die Bundesbeamten

## Wahlen zur Hauptjugend- und Auszubildendenvertretung 2014

# Warum denn neben dem Personalrat auch noch Jugendvertretungen?

Der Personalrat vertritt selbstverständlich auch die Interessen der Jugendlichen und Auszubildenden in Deiner Dienststelle. Dennoch hat der Gesetzgeber eine spezielle Vertretung – die Jugend- und Auszubildendenvertretung (JAV) – geschaffen, die sich ausschließlich den besonderen Interessen der jugendlichen und in Ausbildung befindlichen Beschäftigten widmet. Denn nicht immer haben die Kolleginnen und Kollegen in den Personalräten, die in der Regel mit älteren Beschäftigten besetzt sind, den Draht zu den jungen Leuten und sind daher einfach nicht nah genug an den Problemen.



Vertreterinnen und Vertreter des Jugendpolitischen Ausschusses des dbb berlin.

Und hierfür gibt es dann die JAV, die sich im Personalrat stark für die Probleme der Auszubildenden macht. Da die meisten Jugendvertreter/-innen sich selbst noch in der Ausbildung befinden oder diese noch nicht lange zurückliegt, können sie besser als andere beurteilen, woran es hapert und wie die Ausbildungsbedingungen in den Dienststellen verbessert werden können. Junge Menschen können meistens auch schneller oder besser Kontakt zu den Jugendlichen und Auszubildenden herstellen und stoßen dort auf offenere Ohren.

### Was kann die JAV bewirken?

Beispielsweise kann die JAV bei den jungen Beschäftigten Umfragen durchführen, Versammlungen abhalten und auch Arbeitsplätze begehen und selbstverständlich dafür sorgen, dass die hierbei gesammelten Themen im Personalrat besprochen werden. Denn die JAV hat das Recht, ihre Anliegen auf die Tagesordnung des Personalrats setzen zu lassen, die dort dann auch behandelt werden. Auch kann sie

gegen Beschlüsse des Personalrates ihr Veto einlegen, wenn sie der Meinung ist, dass damit die Interessen der Auszubildenden beeinträchtigt werden.

Ein Aufgabenschwerpunkt der JAV liegt im wichtigen Bereich der Berufsbildung. Hier kann sie Maßnahmen beantragen, beispielsweise hinsichtlich der Ausbildungspläne, Arbeitsmethoden und -mittel. Ganz besonders wichtig ist, dass sich die JAV für die Übernahme von Auszubildenden in ein Arbeitsverhältnis einsetzen kann. Weitere Themen sind – neben vielen anderen – Arbeitsschutz für die Auszubildenden, Maßnahmen im Bereich Arbeitszeit, Freizeit und Urlaub – eben alles, was Jugendlichen und Auszubildenden dient.

### Aufgaben der JAV!

Das Personalvertretungsgesetz des Landes Berlin (PersVG) beinhaltet einen eigenen Abschnitt für die Jugendvertretung. Hiernach hat die JAV folgende allgemeine Aufgaben:

- > Maßnahmen, die den jugendlichen und auszubildenden Dienstkräften dienen, insbesondere Fragen der Berufsbildung und der Übernahme in ein Arbeitsverhältnis, gemeinsam mit dem Personalrat zu beantragen;
- > darüber zu wachen, dass die zugunsten der jugendlichen und auszubildenden Dienstkräfte geltenden Gesetze, Verordnungen, Unfallverhütungsvorschriften, Tarifverträge, Dienstvereinbarungen und Verwaltungsanordnungen durchgeführt werden;
- > Anregungen und Beschwerden von jugendlichen und auszubildenden Dienstkräften, insbesondere bezüglich ihrer Belange als jugendliche weibliche Beschäftigte und in Fragen der Berufsbildung, entgegenzunehmen und, falls sie berechtigt erscheinen, gemeinsam mit dem Personalrat auf eine Erledigung hinzuwirken;
- > die Jugend- und Auszubildendenvertretung hat betroffene jugendliche und auszubildende Dienstkräfte über den Stand und das Ergebnis der Verhandlungen zu informieren.

Ihr seht, die JAV übernimmt wichtige Aufgaben im Sinne Eurer Interessen in den Dienststellen.

**Daher rufen wir Euch alle auf, sich unbedingt an den Wahlen zu beteiligen.**

### Habt Ihr noch Fragen?

Wenn hier und da noch Fragen aufgetaucht sind, dann könnt Ihr Euch gerne an uns wenden. Wir, der „Jugendpolitische Ausschuss“ beim dbb beamtenbund und tarifunion berlin (dbb berlin) haben stets ein offenes Ohr für Euch.

Über den QR-Code des dbb berlin erreicht Ihr auch uns.



Auf den nächsten beiden Seiten stellen wir Euch übrigens erneut unsere Kandidatinnen und Kandidaten für die Wahl zur Hauptjugend- und Auszubildendenvertretung vor. Junge Kolleginnen und Kollegen, die sich ebenfalls für Eure Interessen einsetzen wollen.

**Also – wählt unsere engagierten Mitstreiter/-innen – wählt Liste 2.**

*Eurer Jugendpolitischer Ausschuss des dbb berlin*

Debeka

Versichern und Bausparen

Traditioneller Partner des öffentlichen Dienstes

sorgenfrei  
im Alter

Steuern sparen

Sicherheit  
für meine  
Liebsten

die  
eigenen  
vier  
Wände



## Jetzt staatliche Förderung sichern!

Egal, ob Sie fürs Alter vorsorgen, Steuern sparen oder Kapital für eine Immobilie aufbauen möchten – der Staat hilft dabei. Neu, seit dem Jahr 2013, ist die geförderte private Pflegevorsorge.

Behalten Sie den Überblick – Wir zeigen Ihnen Wege zu Ihrer staatlichen Förderung.

Landesgeschäftsstelle Berlin  
Dominicusstraße 14  
10823 Berlin  
Telefon (030) 7 88 06 - 0  
www.debeka.de

anders als andere

Debeka



Wahlen zur Hauptjugend- und Auszubildendenvertretung 2014:

## Unsere Kandidaten stellen sich vor

Vom 10. März bis 19. Mai 2014 finden in Berlin die Wahlen zur Hauptjugend- und Auszubildendenvertretung statt. Unter dem Motto: „dbb jugend – für eine bessere Zukunft“ stehen acht starke Kandidatinnen und Kandidaten auf der dbb Liste, die sich im Folgenden kurz vorstellen:



### Victoria Chmiell

22 Jahre

Seit 2011 in der Senatsverwaltung für Inneres und Sport beschäftigt

*„Trotzen wir dem Demografischen Wandel und sichern die Übernahme! Berlin braucht euch!“*



### Richard Wolf

Steuerinspektor Senatsverwaltung für Finanzen/Finanzamt Friedrichshain-Kreuzberg

*„Für (d)eine gerechte Behandlung von Anfang an!“*



### Christoph Rieß

22 Jahre

Kammergericht Berlin, derzeit Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin

*„Es geht um euch und eure Zukunft. Dafür setze ich mich ein.“*



### Madeleine Hundt

18 Jahre

Polizeiameisteranwärterin

*„Ich kandidiere für die HJAV, weil ich mich für eine Verbesserung der Ausbildungsbedingungen im Polizeibereich einsetzen möchte!“*

dbb  
beamtenbund  
und tarifunion  
berlin



**Frank Schwoche**  
ab März 24 Jahre  
Steueranwärter aus dem Finanzamt  
für Körperschaften I

*„Ich war bei meiner ersten Ausbildung bereits in der JAV tätig (Bezirksamt Spandau) und habe großen Spaß an der Arbeit mit jungen Auszubildenden. Ich gebe meine Erfahrungen gerne weiter an die ‚nächste‘ Generation.“*

dbb  
beamtenbund  
und tarifunion  
berlin



**Juliane Krömke**  
24 Jahre  
Justizfachangestellte

*„Ich werde die Interessen der jungen Kolleginnen und Kollegen aus allen Bereichen vertreten und mich für die Fortentwicklung eines zeitgerechten Berufsbeamtentums einsetzen.“*

dbb  
beamtenbund  
und tarifunion  
berlin



**Susann Ratsch**  
24 Jahre  
VfA, Senatsverwaltung für Inneres und Sport

*„Gemeinsam für das Land Berlin – Die öffentliche Verwaltung als Ausbilder wieder attraktiver werden lassen.“*

dbb  
beamtenbund  
und tarifunion  
berlin



**Tugay Keskin**  
21 Jahre  
Steueranwärter, Finanzamt  
Friedrichshain-Kreuzberg

*„We can change it“.*

## Jugend- und Auszubildendenvertretung (JAV) – Sprachrohr der Azubis, Anwärter und jungen Beamten

„Die Jugend- und Auszubildendenvertretung ist das Sprachrohr der Auszubildenden, Anwärter und jungen Beschäftigten in einer Behörde.

Egal, ob es um die Ausbildung, Übernahme oder die Ausgestaltung des Arbeitsplatzes geht, die JAV ist die helfende Hand. Ich war selber als junge Beschäftigte in der BJAV und HJAV aktiv, ich habe da einen tollen Einblick bekommen und konnte explizit bei Jugendthemen mitentscheiden.

Weil die Stimmen und Bedürfnisse der jungen Beschäftigten und des Nachwuchses sonst untergehen, ist es wichtig, sich aktiv einzubringen und wählen zu gehen. Du hast die Wahl!“

Sandra Kothe



Foto: Marco Urban

Die Bundesvorsitzende der dbb Jugend, Sandra Kothe, ruft zur Wahl auf.

## Der kleine Unterschied

Wenn die beiden unterschiedlichen Beschäftigungssysteme im öffentlichen Dienst diskutiert werden, sind gegenseitige Vorurteile der Betroffenen leider fast immer vorprogrammiert. Oftmals ist Unwissenheit die Ursache. Und in der rechtlichen Auseinandersetzung gestaltet sich der Sachverhalt erst recht kompliziert.

Als Erstes gilt es klar zu unterscheiden, dass Beamtenrecht und Arbeitsrecht zwei völlig andere Rechtscharaktere besitzen. Daraus resultieren alle weiteren Verfahrensweisen, wenn es zum Beispiel um Streitigkeiten über den direkten Arbeitsplatz geht oder um das Thema Besoldungsanpassung. Beide Rechtsgebiete müssen getrennt voneinander betrachtet werden.

Umgangssprachlich werden häufig beamtenrechtliche Begriffe auf Arbeitnehmer bezogen. Eine Dienstaufsichtsbeschwerde z. B. kann zwar beide Beschäftigtengruppen ereilen, hat aber aufgrund der Unterschiedlichkeit der Rechtsgebiete im schlimmsten Fall andere Auswirkungen. Ein Unfall während des Dienstes wird pauschal immer als Dienstunfall bezeichnet, was so aber nicht richtig ist. Während es sich bei einem Beamten tatsächlich um einen Dienstunfall im Sinne der Gesetze und Vorschriften han-

delt, ist der Unfall eines Tarifbeschäftigten als Arbeitsunfall zu kategorisieren und nach den dazugehörigen Bestimmungen zu behandeln.

### Verschiedene Rechtsgrundlagen

Beamtenrecht ist Verwaltungsrecht und eine Ernennung ist ein Verwaltungsakt. Ein Arbeitnehmer hingegen schließt einen privatrechtlichen Vertrag mit dem Arbeitgeber und „handelt“ sozusagen die Konditionen mit ihm aus. Daraus resultiert im Endeffekt auch die Möglichkeit, durch modifizierte Streikmaßnahmen tarifrechtlich für alle Angestellten Verbesserungen zu erkämpfen.

Die Beamten hingegen werden nach einem Gesetz alimentiert (Landesbesoldungsgesetz). Da ist natürlich eine Besoldungsanpassung viel schwieriger

Kriterium	Beamte	Angestellte
Rechtsverhältnis	Ernennung durch Verwaltungsakt	Arbeitsvertrag
Art der Beschäftigung	öffentlich rechtliches Dienst- und Treueverhältnis	privatrechtliches Arbeitsverhältnis
Verhaltensmaßregelung	Disziplinarrecht	Abmahnung, Kündigung
Vergütung	Besoldung (Alimentation)	Entgelt
Ruhestand	Pension	Rente
Arbeitskampfmaßnahmen	Streikverbot	Streikrecht (modifiziert)
Prinzip der Versorgung durch den Staat	Versorgungsprinzip nicht sozialversicherungspflichtig, private Krankenversicherung	Versicherungsprinzip sozialversicherungspflichtig, gesetzliche Krankenversicherung
Rechtswegbeschreibung	Verwaltungsgericht	Arbeitsgericht
Beendigung des Beschäftigungsverhältnisses	Ruhestand, Tod, Entlassung	Erreichung der Altersgrenze, Kündigung, Auflösung des Arbeitsvertrages, Zeitablauf bei befristeten Arbeitsverhältnissen, volle Erwerbsunfähigkeit
Rechtsstellung zum Arbeitgeber	Über- und Unterordnungsverhältnis	Gleichstellung (Augenhöhe mit Arbeitgeber)
Rechtliche Grundlagen	Verfassung, Gesetze und Rechtsverordnungen	Verfassung, Gesetze, Rechtsverordnungen, Tarifverträge
Dauer des Beschäftigungsverhältnisses	Auf Lebenszeit, auf Probe, auf Widerruf, auf Zeit	unbefristet (bis zur Erreichung der Altersgrenze) oder befristet
Gerichtsbarkeit	Verwaltungsgericht	Arbeitsgericht
Steuerpflicht	ja	ja
Unfall	Dienstunfall	Arbeitsunfall

durchzusetzen und erfordert weit mehr Zeit und Durchhaltevermögen. Zudem fehlt den Beamten eben die Möglichkeit zu streiken, um dadurch Druck auf den Dienstherrn auszuüben.

Eine Gemeinsamkeit haben beide Beschäftigungsgruppen. Sie sitzen oftmals in der Verwaltung auf vergleichbaren Arbeitsplätzen. Und schon gibt es wieder Unterschiede: Ein Angestellter hat eine geringere Wochenarbeitszeit, die tarifrechtlich festgelegt ist. Ein Beamter ist im Bedarfsfall dazu verpflichtet, zusätzlich Mehrdienst zu leisten. Auch ein Aufgabenzuwachs ist schneller mal drin, als bei einem Angestellten. Der Angestellte könnte sich dann auf seinen Arbeitsvertrag berufen und falls vorhanden, auf die Aufgabenbeschreibung der Stelle oder eben unter bestimmten Voraussetzungen auf eine höhere Eingruppierung klagen.

Und dann gibt es da noch die hergebrachten Grundsätze des Berufsbeamtentums, von denen hier nur vier benannt seien: Ein Beamter hat sich seinem Be-

ruf mit voller Hingabe zu widmen. Daraus resultiert die Dienstleistungspflicht, die durch ständige Dienstbereitschaft geprägt ist (in den Dienst versetzen innerhalb der Freizeit). Er hat achtungs- und vertrauenswürdiges Verhalten innerhalb und außerhalb des Dienstes an den Tag zu legen und ist zur unparteiischen Amtsführung verpflichtet.

Ein Angestellter ist natürlich auch verpflichtet, sich so zu verhalten, dass kein Anstoß an seinem Verhalten genommen werden kann, jedoch ist die Messlatte bei einem Beamten viel höher gelegt und wenn ein Angestellter Feierabend hat, hat er eben Feierabend.

Es wäre ein abendfüllendes Programm, wollte man alle Unterschiede beleuchten. Im Endeffekt sind wir alle Beschäftigte des öffentlichen Dienstes und arbeiten tagtäglich Seite an Seite. Versteht man nun noch die Andersartigkeit der Grundsätze (Tabelle), fällt der Umgang miteinander vielleicht etwas leichter.

*Astrid Just*

## HIV-Infizierte

# Kündigung kann diskriminierend sein

**Die Kündigung eines Arbeitnehmers, der an einer symptomlosen HIV-Infektion erkrankt ist, in der gesetzlichen Wartezeit des § 1 KSchG ist diskriminierend und damit unwirksam, wenn der Arbeitgeber durch angemessene Vorkehrungen den Einsatz des Arbeitnehmers trotz seiner Behinderung ermöglichen kann. Das hat das Bundesarbeitsgericht (Urteil vom 19. Dezember 2013 – 6 AZR 190/12 –) entschieden.**

Die Richter begründeten ihre Entscheidung mit dem Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (AGG), das auch Diskriminierungen wegen einer Behinderung untersagt.

Eine Behinderung liege immer dann vor, wenn die körperliche Funktion, geistige Fähigkeit oder seelische Gesundheit eines Menschen langfristig eingeschränkt ist und dadurch – in Wechselwirkung mit verschiedenen sozialen Kontextfaktoren (Barrieren) – seine Teilhabe an der Gesellschaft, wozu auch die Teilhabe am Berufsleben gehört, beeinträchtigt sein kann.

In diesem Sinne sei ein Arbeitnehmer, der an einer symptomlosen HIV-Infektion erkrankt ist, behindert. Denn auch chronische Erkrankungen könnten zu einer Behinderung führen. So sei die gesellschaftliche Teilhabe von HIV-Infizierten typischerweise durch Stigmatisierung und soziales Vermeidungsverhalten beeinträchtigt, die auf die Furcht vor einer Infektion zurückzuführen seien.



Foto: MEV



## Die Bank im dbb vorsorgewerk

Seit ihrer Gründung als Selbsthilfeeinrichtung für den öffentlichen Dienst im Jahre 1921 betreut die BBBank erfolgreich Beamte und Arbeitnehmer im öffentlichen Sektor. Dank dieser langjährigen Erfahrung und Historie als Beamtenbank in Verbindung mit einem besonderen Produkt- und Dienstleistungsangebot sind wir bis heute bevorzugter Partner der Beschäftigten des öffentlichen Sektors.

Jetzt informieren:  
[www.bezuegekonto.de](http://www.bezuegekonto.de) oder  
[www.dbb-vorsorgewerk.de](http://www.dbb-vorsorgewerk.de)



**dbb**  
**vorsorgewerk**  
günstig • fair • nah

**BB**  **Bank**

Die Bank für Beamte  
und den öffentlichen Dienst

# Die unendliche Geschichte – wie Schule an die Wand gefahren wird

Die Berliner Schule kränkelt seit Jahren. Die Gründe sind offensichtlich, aber hausgemacht. Schlechte Ausstattung, fehlendes oder wenig qualifiziertes Personal, marode Gebäude, kompetenzlose Führungsriege, halbherzig und konzeptlos durchgeführte Reformen – die Liste ließe sich noch beliebig ergänzen.

Alle Jahre wieder (nein, nicht Weihnachten) steht die Bildungsverwaltung vor dem gleichen Problem. Wie kann die Berliner Schule die vom Gesetz geforderten Aufgaben erfüllen? Anspruch und Wirklichkeit klaffen meilenweit auseinander. Dabei gäbe es genügend Hilfen. Der VBE bietet seit Jahren praktikable Alternativen zur Bewältigung der enormen Aufgaben an. Meist vergebens.



## Bildung nach Kassenlage

Ganz schlaue Politiker sind da allerdings schon einen Schritt weiter. Die Bildungsmisere vor Augen, greifen sie zu einem Trick und verkaufen diesen auch noch als progressive Reform, die Inklusion. Das Konzept klingt einleuchtend. Durch die Abschaffung der Sonderschulen werden dringend benötigte Lehrkräfte für die Regelschulen frei. Durch die Auflösung können Schulgebäude verkauft bzw. aus dem Unterhaltungsprogramm herausgenommen werden. Gewünschter Nebeneffekt: Erfüllung der UN-Charta. Dabei ist noch völlig unklar, wie dieses Vorhaben

finanziert werden soll. Die sog. Volkholz-Kommission jedenfalls hat zu einer Verschiebung geraten. Bildung nach Kassenlage – was für ein Armutzeugnis!!

## Elternwahlrecht ausgehebelt

Bleibt noch ein Haken: die gesetzlich verbriefte Wahlfreiheit der Eltern, ihr Kind auf einer Sonderschule unterrichten zu lassen. Schließlich erfährt es hier genau die Förderung, die es mit größter Wahrscheinlichkeit an einer Regelschule niemals bekommen können. Aber für unsere „Oberschlaumeier“ ist das kein Problem. Das Elternwahlrecht wird



Foto: MEY

ganz einfach ausgehebelt, indem die Hürde „Diagnostik“ so hoch angesetzt wird, dass kaum noch ein Schüler den Status für den Besuch einer Sonderschule erhält. Alles klar?

## 2 000 Lehrer fehlen

Trotz all dieser „miesen“ Tricks fehlen für das kommende Schuljahr noch rund 2 000 Lehrer. Wo die herkommen sollen, weiß niemand. In ihrer Hilflosigkeit überbieten sich die Berliner Bildungsexperten in der Präsentation völlig untauglicher Rezepte. Quereinsteiger, meist ohne die nötige Qualifikation, Rentner, Pensionäre, ja selbst fachfremde Studenten erhalten einen Lehrauftrag. Von Professionalität keine Spur.

Die Berliner Initiative zur Gewinnung von Lehrern aus Bayern läuft ins Leere, weil diese gut ausgebildeten Kräfte lieber weiter als Taxifahrer oder Kellner jobben – oder nach Brandenburg wechseln. Unser Nachbar sucht nämlich auch 1 000 Lehrkräfte. Und dort werden sie verbeamtet.

Fazit: Solange Bildung von der Politik nur als Kostgänger betrachtet wird, helfen weder Sonntagsre-

den noch wenig durchdachte, konzeptlose Reformen. Die Minimalforderung seitens des VBE lauten deshalb:

- > Der Regierende gibt endlich seine ideologischen Vorbehalte gegen die Verbeamtung der Lehrer auf,
- > die Anpassung der Bezüge an das Bundesniveau erfolgt bis 2017 (wie versprochen!!!!!!),
- > die Schulen erhalten eine 110%ige Ausstattung,
- > die Vorklassen werden wieder eingeführt,
- > die Sonderpädagogischen Förderzentren bleiben erhalten,
- > Erzieher werden mit voller Stelle bedacht und ordentlich bezahlt.

Der VBE ist zum Dialog bereit. Nur – gegen Dummheit kämpfen selbst Götter vergebens.

*Ernst Mross,  
1. stellvertretender Landesvorsitzender VBE Berlin*

---

## Philologenverband fordert Agenda 2020 für Berliner Schulen

**Der Philologenverband Berlin/Brandenburg (phv) hat den Senat von Berlin aufgefordert, ein Einstellungskonzept für Lehrkräfte im Land Berlin zu entwickeln und zu veröffentlichen. Das Konzept soll die Zahl der zu erwartenden Pensionierungen bis einschließlich 2020 der Zahl der Lehramtsanwärter, die pro Jahr eingestellt werden können, gegenüberstellen und die Maßnahmen offenlegen, mit denen die zu erwartende Deckungslücke geschlossen werden soll.**

Die phv-Vorsitzende Kathrin Wiencek erklärt hierzu:

„Manchmal ist es frustrierend, Recht zu behalten. Der Philologenverband warnt seit Jahren vor einer riesigen Lücke zwischen Bedarf und Angebot an gut ausgebildeten Fachlehrern. Berlin hat nicht reagiert, sondern Tatsachen verschleiert, vertuscht und schöneredet. Zugleich wurde die Attraktivität des Lehrerberufs durch Streichung von Funktionsstellen, Mehrbelastungen und ausgebliebener Verbeamtung verringert. Es ist Zeit, klare Signale zu geben und gegenzusteuern!“

Dazu fordert der Philologenverband konkret:

- > schnellstmögliche Verbeamtung von Lehrkräften,



- > eine Besoldungsanpassung an den Durchschnitt der Besoldung in allen anderen Bundesländern,
- > eine solide Bedarfsplanung bis 2020, die Vertretungsreserven an allen Schulen berücksichtigt.

# Vom Umgang mit der Wertschätzung

Die besten Tipps, wie man sich im Knast verhält, kann man in der BILD erhalten. Wie wird es ihm im Gefängnis gehen? Wo und mit wem wird er die WM sehen? Der Zocker, im Abseits! Rote Karte ... Das sind nur einige Schlagzeilen der letzten Wochen.

Fragen über Fragen, schlaue Kommentare und Berichte an allen Ecken! „Hoeneß im Fernsehen, Hoeneß im Radio, Hoeneß in der Zeitung. Ich habe Angst, unter die Dusche zu gehen“, beschrieb neulich ein Kommentator sehr treffend den Hype um den zu einer Haftstrafe verurteilten prominenten „Fußballgott“.

Schade eigentlich, dass im Zusammenhang mit dem Strafverfahren gegen Uli Hoeneß nicht auch einmal über das deutsche Steuersystem nachgedacht wurde!

Schade aber vor allem, dass Zehntausende von Beschäftigten, die in ganz Deutschland in den Justizvollzugsanstalten ihren harten Job verrichten, offenbar überhaupt nicht interessieren. Die, die sich jeden Tag hinter Mauern und Zäunen mit den inhaftierten Menschen auseinandersetzen müssen, kommen in der Berichterstattung so gut wie nicht vor, von Wertschätzung für ihre Arbeit gar nicht zu reden.

Im Gegenteil, wenn überhaupt, ist in der Presse wieder einmal nur kurz und abfällig von „Wächtern“ und „Schließern“ die Rede, eine Herabsetzung, die man sich nicht einmal Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Zoo gegenüber erlaubt – und die haben bekanntermaßen mit Tieren und nicht mit Menschen zu tun. Hier ist der „Wärter“ schon längst durch den „Tierpfleger“ ersetzt worden.

## Ignorante Herablassung

Abgrundtiefe Ignoranz könnte die Herablassung gegenüber der Arbeit der Beschäftigten im Justizvollzug im günstigsten Fall erklären. Bedenklich stimmt aber, dass wieder auch der Einsatz für die Sicherheit der Gesellschaft nicht gewürdigt wird.

Ein Tag im Leben des Uli Hoeneß! Warum nicht mal ein Tag von einer Kollegin oder einem Kollegen der U-Haft in der JVA Moabit, in der Anstalt des offenen Vollzugs, der JVA für Frauen oder in einer der anderen Haftanstalten Berlins?

Das tägliche (gesundheitliche) Risiko der Arbeit im Strafvollzug, der schwierige Umgang mit Menschen,



die häufig nur Gewalt als feste Regel in ihrem Tagesablauf kannten und kennen, ist offenbar nichts, was der Presse eine Berichterstattung Wert ist. Seltene rühmliche Ausnahmen sind Dokumentationen im Fernsehen auf arte oder 3sat.

## Gesellschaftliche Verantwortung

Wichtig wäre aber eine Berichterstattung, die der Gesellschaft ihre Verantwortung für die straffällig gewordenen Menschen vor Augen hält. Denn längst nicht alle Straftäter sind für ein friedliches gesellschaftliches Zusammenleben verloren. Man darf sie nur nicht einfach abschieben.

Dass das nicht passiert, dafür sorgen wir, die Beschäftigten in den Justizvollzugsanstalten jeden Tag, mit Professionalität und viel Fingerspitzengefühl. Beteiligt sind viele Berufsgruppen an der Arbeit in den Haftanstalten, von den Ärzten bis zu den Vollzugsbeamten.

Was uns allerdings fehlt, sind spektakuläre Stunts und modernste Fahrzeugtechnik, die uns aberwitzigerweise zu Beachtung, Wertschätzung oder gar Respekt in der veröffentlichten Meinung verhelfen könnten.

Wir müssen einfach nur mit Worten und ohne Waffen auskommen!

Und zwar in der Behandlung, Betreuung, Versorgung und vor allem auch in der Bewachung!

*Thomas Goiny,  
Landesvorsitzender BSBD – Landesverband Berlin –*

### Impressum

Das hauptstadt magazin – hm – ist ein Informationsdienst des dbb – beamtendenbund und tarifunion – berlin für die Beschäftigten im Berliner Landesdienst und der Bundesverwaltung.

Verantwortlich i. S. d. P.: Frank Becker, p. A. dbb berlin, Alt-Moabit 96a, 10559 Berlin. **Telefon:** 030.3279520. **Telefax:** 030.3279520. **E-Mail:** post@dbb-berlin.de. Einzelmitglieder des dbb berlin erhalten das hm kostenlos zugesandt.

Herausgegeben in Zusammenarbeit mit dem dbb verlag gmbh, Friedrichstraße 165, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.7261917-0. **Telefax:** 030.726191740. **Internet:** www.dbbverlag.de. **E-Mail:** kontakt@dbbverlag.de. **Bankverbindung:** Sparkasse Köln/Bonn, BIC: COLSDE 33, IBAN: DE23 3705 0198 0021 0069 03, Commerzbank Berlin, BIC: COBADEFFXXX, IBAN: DE10 1204 0000 0073 3998 00. **Anzeigen:** dbb verlag gmbh, Mediacenter, Dechenstr. 15a, 40878 Ratingen. **Telefon:** 02102.74023-0. **Telefax:** 02102.74023-99. **E-Mail:** mediacenter@dbbverlag.de.

**Anzeigenleitung:** Petra Opitz-Hannen, **Telefon:** 02102.74023-715. **Anzeigen- disposition:** Britta Urbanski, **Telefon:** 02102.74023-712. Anzeigentarif Nr. 11, gültig ab 1. 10. 2013. **Herstellung:** L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG

**DruckMedien, Marktweg 42–50, 47608 Geldern. Layout:** FDS, Geldern.

**Fotos:** dbb berlin.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des jeweiligen Autors und nicht immer die Meinung des Herausgebers wieder.

## First Floor – BSBD Berlin mit neuer Geschäftsstelle

Am 1. März 2014 hat der BSBD Berlin seine neuen Räume in Moabit bezogen. Gemeinsam mit dem dbb berlin und der gkl berlin wurde ein zentraler Standort unweit der JVA Moabit gefunden. Dort bietet der BSBD seinen Mitgliedern mit der kleinen, aber feinen Geschäftsstelle eine feste Anlaufstelle.

Für die Gremien und die Betriebsgruppen steht ein heller, mit moderner Technik ausgestatteter Tagungsraum für Veranstaltungen und Seminare zur Verfügung.

Die neue Anschrift des BSBD Berlin lautet:  
Alt-Moabit 96a  
10559 Berlin

Telefon: 030.5213 1237  
Telefax: 030.5213 1983

E-Mail: mail@bsbd-berlin.de  
Internet: www.bsbd-berlin.de



Neue BSBD-Geschäftsstelle in Alt-Moabit 96a.

### Praxistipp Straßenverkehr:

## Abknickende Vorfahrt

Oft gibt es Unsicherheiten darüber, ob an einer abknickenden Vorfahrt geblinkt werden muss. Zwar folgt der Verkehrsteilnehmer in solchen Fällen der Vorfahrtsstraße, er biegt aber auch gleichzeitig ab.

Ein Abbiegevorgang ist immer mit dem Blinker anzuzeigen. Wer aber an dieser Stelle geradeaus weiterfährt, der darf auf keinen Fall blinken.

